

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 18. Dezember 1972

Blatt 3134

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte

Hintschig: Funktaxis für Katastropheneinsatz

Suttner: "Wohnungsbau als gesellschaftliche Verpflichtung"

Mehrwertsteuer-Übernahme bei Gas und Strom

Auch Bädergebühren bleiben stabil

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1971

"Wien aktuell" - die neue Kommunalillustrierte

Schaltanlage Donaustadt in Betrieb

Lokal:

Straßen und Gehsteige: Baustofflagerungen

werden eingedämmt

Univ.-Prof. Dr. Hans Spitzzy zum Gedenken

Weihnachtsbaum-Aktion für bedürftige Familien

Theater für Gastarbeiterkinder

Kulturdienst:

Riesenandrang auf "Das gute Bild für jeden"

Medienbus für Wiener Schulen:

Fröhlich-Sandner: "Orientierung in der Informationsflut"

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

Kommunal:Rathaus-BudgetdebatteHintschig: Funktaxis für Katastropheneinsatz
=====

Wien, 18. 12. (RK) Es ist vorgesehen, im Katastrophenfall auch den Taxifunk und die Wiener Funktaxis für Hilfeleistungen heranzuziehen. Erste Besprechungen mit den Vertretern der Taxiorganisation haben bereits ein günstiges Ergebnis gebracht und die Bereitschaft der Taxiunternehmer erkennen lassen, bei Katastrophenfällen sehr eng mit den Einsatzdiensten der Stadt Wien zusammenzuarbeiten. Dies gab Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig in seinem Referat über die Geschäftsgruppe X (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen) bekannt. Die Verhandlungen mit den Taxiunternehmungen sollen im kommenden Jahr abgeschlossen werden.

Nach Stadtrat Hintschig reiche das im Parlament vorliegende Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsgesetz für eine Lösung des Bodenproblems in Wien nicht aus. Der Entwurf könne zwar spürbare partielle Verbesserungen bringen, auf dem Wege zu einer den gesellschaftlichen Erfordernissen von Gegenwart und Zukunft entsprechenden Bodenpolitik werde man einige Schritte weitergehen müssen.

Hintschig präziserte die mögliche Form dieser künftigen Schritte:

- 1) Die Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand über die Nutzung von Grund und Boden müsse verstärkt werden.
- 2) Bodenwertzuwachs und ein Teil der Bodenrente müßten durch die Gemeinschaft abgeschöpft werden können.
- 3) Ein Planungswertausgleich solle gestatten, Planungsgewinne abzuschöpfen und Planungsverluste auszugleichen.

Auch Ziele, die in weiterer Ferne liegen, müßten aufmerksam verfolgt und in die Überlegungen einbezogen werden. Zum Beispiel Aufspaltung des bisher totalen Grundeigentums in ein Nutzungs- und Verfügungseigentum, wobei das Verfügungseigentum an die Gemeinschaft überzugehen hätte.

Für das kommende Jahr seien in der Geschäftsgruppe X Ausgaben in der Höhe von 713,3 Millionen Schilling vorgesehen, daß sind um

99 Millionen weniger als 1972. Allerdings entfalle im kommenden Jahr zum ersten Mal der Beitrag für die Bundespolizei, der in diesem Jahr fast 130 Millionen Schilling betrug.

Im einzelnen stehen für Grunderwerbungen 390 Millionen - fast genauso viel wie in diesem Jahr - zur Verfügung. Falls es notwendig sein sollte, ist die Aufnahme zinsengünstiger Kredite bis zu 200 Millionen in Aussicht gestellt. Für die Feuerwehr sollen im kommenden Jahr nicht weniger als 254,3 Millionen ausgegeben werden. Für den Presse- und Informationsdienst sind 27,3 Millionen veranschlagt, die Mittel für Empfänge und Feierlichkeiten (16,7 Millionen) wurden gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Millionen gekürzt.

Es sei damit zu rechnen, daß die Feuerwehr im kommenden Jahr auch in Belangen des Umweltschutzes tätig werden kann: einerseits wurde der Entwurf eines Immissionsschutzgesetzes ausgearbeitet, andererseits wurden Meßgeräte angeschafft, die Gutachten über den zweckmäßigen Betrieb von Feuerstätten ermöglichen. Es sei damit zu rechnen, daß die Bestimmungen des Immissionsschutzgesetzes im Jahre 1973 Rechtskraft erhalten.

Seit der Gründung der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft wurden durch diese Gesellschaft bisher an 62 Firmen Grundstücke im Gesamtausmaß von mehr als 800.000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt. Allein diese Firmen wollen in Wien rund 1 3/4 Milliarden investieren. Ungefähr 8.500 neue und modernst ausgestattete Arbeitsplätze wurden geschaffen. 68,8 Prozent aller angesiedelten Betriebe waren rein österreichische Betriebe. Die österreichischen Firmen erhielten 47,7 Prozent der gesamten Grundfläche. Gemessen am Gesamtinvestitionsvolumen aller angesiedelten Betriebe liegt Österreich mit einem Prozentanteil von 35,7 Prozent - oder absolut 631 Millionen Schilling - erneut an erster Stelle. Österreichische Firmen beschäftigten auch die meisten Arbeitnehmer - nämlich 40,8 Prozent.

Der Schwerpunkt aller Grundtransaktionen sei natürlich auch in diesem Jahr in den Außenbezirken gelegen. Die meisten Grundkäufe oder Verkäufe seien in den Bezirken 11, 21, 22 und 23 getätigt worden. Aber auch im Assanierungsgebiet des 15. Bezirkes habe es einige wichtige Transaktionen gegeben. 50 Grundkäufe in diesem Jahr kämen früher oder später dem Wohnbau zugute. 82 Grunderwerbungen ermöglichen künftige Straßenbauvorhaben, 16 Käufe ermöglichen Schulbauten.

Ein wichtiges Beispiel für sinnvolle Bodenvorratspolitik sei in diesem Jahr der Kauf der sogenannten Wienerbergergründe östlich der Triester Straße gewesen. Zusammen mit den Draschegründen besitze nun die Stadtverwaltung sieben Millionen Quadratmeter Grund in diesem Gebiet. Der Besitz dieser großen zusammenhängenden Fläche ermögliche es, den südlichen Raum Wiens sinnvoll zu planen und zu gestalten.

- - -

K o m m u n a l :

Rathaus-Budgetdebatte:Suttner: "Wohnungsbau als gesellschaftliche Verpflichtung"

Wien, 18.12. (RK) Niemand denke an einen Baustop, und schon gar nicht im Bereich des öffentlich geförderten Wohnbaues in Wien: Das war die grundsätzliche Aussage von Wohnungsstadtrat Reinhold Suttner, als er Montag dem Wiener Gemeinderat die Ansätze der Geschäftsgruppe XI zur Zustimmung empfahl. Gleichzeitig ließ Suttner allerdings keinen Zweifel daran, "daß es vom Verhalten aller am Wohnungsbau Beteiligten abhängig sein werde, in welchem Umfang der Wohnungsbau künftighin weitergeführt werden kann". Das Bauen von Wohnungen könne nicht als "das Hobby einiger weniger" angesehen werden, sondern sei eine gesellschaftliche Verpflichtung.

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet deutete Suttner mit dem Hinweis auf die rapid steigenden Baukosten und die Unzulänglichkeit des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 an.

Suttner teilte mit, daß im Jahre 1973 in Wien mit mehr als 2 Milliarden für den Wohnungsbau zu rechnen sei. Die Wohnhäuserverwaltung ihrerseits werde sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben 1973 erstmals die Milliardengrenze überschreiten.

Suttner ging dann auf zwei aktuelle Fragen ein: bargeldlose Mietzinszahlung und Betriebskostenerhöhung. Was die Zahlung der Mietzinse über das Girokonto anlange, so habe der Terminplan für die Vorarbeiten nicht eingehalten werden können - nicht durch Nachlässigkeit, sondern im Zusammenhang mit der Neuregelung der Umsatzsteuer, der Hausbesorgerentgelte und der Betriebskosten. Die Anforderungen vieler Dienststellen des Magistrates an die elektronische Datenverarbeitung seien so umfangreich, daß eben nicht alles auf einmal erledigt werden könne. Im übrigen gehe es ja nicht nur um die Abrechnung der 187.000 Gemeindewohnungen, sondern es kämen noch 10.000 Geschäftslokale, fast 4.000 Waschküchen und etwa 14.000 Parkplätze dazu. Die bargeldlose Mietzinszahlung werde aber mit ziemlicher Sicherheit noch im kommenden Jahr realisiert werden können.

Suttner ersuchte um Verständnis dafür, daß für den Betriebskostenanteil keine allgemeinen Budgetmittel verwendet werden könnten, handle es sich doch um jene Aufwendungen, die von der Wohnhäuserverwaltung für die Mieter erbracht würden. Die Neubelastung mit 1. Jänner 1973 entspreche genau der tatsächlichen Entwicklung, nämlich einer Steigerung von 38 Prozent auf der Einnahmenseite und einer solchen von 32 Prozent auf der Ausgabenseite. (Allein die Hausbesorgerentgelte seien um 33 Prozent gestiegen, die Ausgaben für Beleuchtungsmittel um 24 Prozent und für die Instandhaltung von Aufzügen um 49 Prozent.) Es bleibe daher keine andere Möglichkeit, als von Zeit zu Zeit die erhöhten Aufwendungen durch eine Neufestsetzung des Betriebskostenanteiles aufzufangen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

l o k a l :

=====

strassen und gehsteige:

baustofflagerungen werden eingedaemmt

3 wien, 18.12. (rk) wiens baufirmen werden jetzt angehalten, bei der lagerung von baumaterial auf strassen und gehsteigen besonders in den innenbezirken mit dem zur verfuegung stehenden knappen raum sparsamer umzugehen. stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r hat den zustaendigen magistratsdienststellen entsprechende weisungen erteilt und zugleich den polizeipraesidenten um unterstuetzung der aktion durch die polizeiorgane ersucht. die polizei wird kuenftig - entsprechend einer dienstanweisung von polizeipraesident josef h o l a u b e k - bei der beurteilung der inanspruchnahme oeffentlicher verkehrsflaechen fuer baustofflagerungen ein strenges mass anlegen.

situation bereits verbessert

in der weisung des stadtbaudirektors an die baupolizei und an die magistratsabteilung fuer technische verkehrsangelegenheiten wird betont, dass die lagerung von baustoffen auf oeffentlichen verkehrsflaechen nur dann vertretbar ist, wenn sie auf dem baugrundstueck oder auf liegenschaften der umgebung nicht oder nur mit einem wirtschaftlich nicht vertretbaren aufwand moeglich ist. konkret wurden in letzter zeit bei verschiedenen bauvorhaben im 7. und 9. bezirk die baumeister durch verhandlungen zur zurueckziehung ihres ansuchens fuer baustofflagerungen veranlasst. bei bauvorhaben im 1., 12. und 15. bezirk konnten bestehende lagerflaechen dank der einsicht der baumeister durch den magistrat wesentlich reduziert werden.

18. dezember 1972

'rathaus-korrespondenz'

l o k a l :

=====

univ.-prof. dr. hans spitzy zum gedenken

4 wien, 18.12. (rk) auf den 21. dezember faellt der 100. geburts-
tag des orthopaedischen chirurgen dr. hans s p i t z y .

hans spitzy wurde am 21. dezember 1872 in st. leonhard in der
steiermark geboren. er studierte an der grazer universitaet und
wurde 1896 zum doktor der gesamten heilkunde promoviert. zunaechst
wandte er sich der kinderheilkunde zu. in der zwischenzeit hatte
er aber bereits begonnen, sich mit dem damals neu aufkommenden
spezialfach der chirurgischen orthopaedie zu befassen. 1905
habilitierte sich spitzy als privatdozent fuer orthopaedische
chirurgie an der grazer universitaet und uebernahm 1906 die
leitung der orthopaedischen abteilung der grazer universitaets-
kinderklinik. 1911 wurde er zum a.o. universitaetsprofessor
ernannt. nach kriegsende uebernahm er die orthopaedische abteilung
des kaiser franz josef-spitals und wurde gleichzeitig a.o. universi-
taetsprofessor fuer orthopaedische chirurgie an der wiener univer-
sitaet.

im jahr 1923 erfolgte die ernennung zum ordinarius und zum
direktor des wiener orthopaedischen spitals. als leiter dieses
instituts, an dem er zwei jahrzehnte lang wirkte, hat er es zu
einer musteranstalt fuer die ganze welt ausgebaut. im oktober 1942
wurde er auf eigenes ansuchen von seinen dienstverpflichtungen
entbunden.

spitzy war ehrenmitglied und korrespondierendes mitglied
zahlreicher medizinischer gesellschaften des in- und auslandes.
in wuerdigung seiner verdienste wurde ihm 1952 der ehrenring
der stadt wien verliehen. er verschied hochbetagt am 22. juli 1958.

L o k a l :

=====

weihnachtsbaum-aktion fuer beduerftige familien

6 wien, 18.12. (rk) in zusammenarbeit mit der oesterreichischen gesellschaft ''rettet das kind'' wird das jugendamt der stadt wien auch heuer wieder eine weihnachtsbaum-aktion durchfuehren. im rahmen dieser aktion erhalten 50 beduerftige wiener familien einen weihnachtsbaum mit kerzen und schokoladebehang sowie kinderspielzeug. bei den von den wiener bezirksjugendaemtern ausgewaehlten familien handelt es sich ueberwiegend um alleinstehende muetter, grossmuetter oder tanten, die kinder oft unter schwierigsten familiaeren verhaeltnissen betreuen. von den 50 familien haben 34 mehr als drei kinder. insgesamt werden 190 wiener kinder durch diese aktion beschenkt werden.

1035

k o m m u n a l :

=====

mehrwertsteuer-uebernahme bei gas und strom

5 wien, 18.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen beschloss montag auf antrag von stadtrat franz n e k u l a die anpassung der gas- und stromtarife an die mehrwertsteuer. bis 30. april 1973 uebernehmen, wie berichtet, die wiener stadtwerke die mehrwertsteuerbelastung beim haushaltsstrom-grundtarif und fuer das gas, das zum kochen und zur warmwasserbereitung verwendet wird. fuer diese drei monate bedeutet das praktisch eine tarifsenkung, die im interesse der bevoelkerung durchgefuehrt wird. das bedeutet eine belastung von 12,5 millionen beim strom und von 8,5 millionen beim gas. dazu kommen, wie stadtrat nekula mitteilte, 3,5 millionen schilling kosten, die daraus entstehen, dass fuer die verbrauchserhebung bis 30. april die zaehler abgelesen werden muessen. insgesamt ergeben sich also aus der uebernahme der mehrwertsteuerlasten bei gas und strom fuer die stadtwerke kosten von 24,5 millionen schilling.

1033

k o m m u n a l :

=====

auch baedergebuehren bleiben stabil

7 wien, 18.12. (rk) die gebuehren fuer die benuetzung der staedtischen baeder wurden montag auf antrag von stadtrat hubert p f o c h vom hochbauausschuss des gemeinderates an das umsatzsteuergesetz 1972 (mehrwertsteuer) angepasst. das bedeutet: die gemeinde wien traegt diese umsatzsteuer in der hoehe von acht prozent, so dass sich an den baedergebuehren nichts aendert. stadtrat pfoch betonte, dass man damit dem appell der bundesregierung rechnung tragen wolle und, wie bei anderen kommunalgebuehren, auch hier keine neue belastung fuer die bevoelkerung entstehen soll.

1039

k o m m u n a l :

=====

statistisches jahrbuch der stadt wien 1971

8 wien, 18.12. (rk) das statistische jahrbuch der stadt wien ueber das jahr 1971 bringt in 25 abschnitten auf fast 360 tabellen-seiten ueber 100.000 einzelinformationen ueber das wirtschaftliche, soziale und kulturelle leben wiens in diesem jahr. daneben werden noch die hauptergebnisse fuer die vier zurueckliegenden jahre angefuehrt.

neu aufgenommen wurden neben graphischen darstellungen die ersten ergebnisse der volkszaehlung 1971 mit einer darstellung der bevoelkerungsentwicklung 1961 bis 1971 nach gemeindebezirken.

im jahre 1971 konnten 17.198 lebendgeborene und 28.516 gestorbene gezaehlt werden. der gestorbenenueberschuss von 11.318 wurde aber durch einen wanderungsgewinn von 13.020 personen mehr als ausgeglichen. der rueckgang von 12.891 eheschliessungen im jahre 1970 auf 11.340 im jahre 1971, bedingt durch die im jahre 1971 fuer 1972 angekuendigte einfuehrung des neuen haustandsgruendungsbeitrages, wurde in den ersten monaten des jahres 1972 - im jaenner stieg die eheschliessungsquote gegenueber dem vorjahresmonat um fast 62 prozent an - wieder wettgemacht.

eine neu aufgenommene uebersicht der lebendgeborenen nach der staatsangehoerigkeit zeigt, dass von den 17.198 geborenen des jahres 1971 991 oder 5,8 prozent jugoslawen und 86 oder 0,5 prozent tuerken waren. zum allergroessten teil handelt es sich hierbei um kinder von gastarbeitern.

erstmals in diesem jahrbuch befinden sich auch uebersichten ueber die eheschliessenden nach dem beruf der brautleute sowie ueber die lebengeborenen nach dem beruf des vaters und der mutter.

ueber die qualitaet der wiener wohnungen geben mikrozensusdaten naeher aufschluss: von den 729.000 durch den mikrozensus erfassten wohnungen weisen nur 84.000 die hoechste wohnungsqualitaet (wasseranschluss, wc, badezimmer oder duschnische und zentralheizung) auf. der durchschnittliche wohnungsaufwand in diesen

wohnungen ist von 338 s im jahre 1970 auf 371 s im jahre 1971 gestiegen.

auf dem gebiet der wirtschaftsstatistik wurden die bisherigen tabellen durch die aufnahme von daten der erhebungen in industrie und gewerbe weiter vervollstaendigt. 1.687 industriebetriebe und 896 betriebe des grossgewerbes mit fast 210.000 beschaeftigten meldeten umsaetze, produktionswerte, investitionen und abschreibungen

die konjunktur des baugewerbes laesst sich an der bauproduktion mit 7,4 milliarden schilling im jahre 1971 gegenueber 4,9 milliarden im jahre 1968 wie auch am auftragsueberhang (5,5 milliarden) und am beschaeftigtenstand (durchschnittlich 29.200) ablesen.

das statistische jahrbuch der stadt wien 1971, herausgegeben vom magistrat der stadt wien, ist zum preis von 120 s durch den buchhandel oder direkt ueber den verlag jugend und volk ges.mbh., tiefer graben 7-9, 1010 wien, zu beziehen.

1136

k o m m u n a l :

=====

''wien aktuell'' - die neue kommunalillustrierte

9 wien, 18.12. (rk) das offizielle organ der bundeshauptstadt wird ab jahresbeginn unter dem neuen titel ''wien aktuell'' erscheinen. dies teilte stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g in der budgetdebatte des wiener gemeinderats mit. schon der neue titel solle den geplanten charakter dieser zeitschrift als illustriertes kommunales wochenmagazin anzeigen. das amtsblatt der stadt wien wird als eigene beilage zu ''wien aktuell'' gedruckt werden. ''wien aktuell'' wird zum preis von 3 schilling in den trafikern erhaeltlich sein.

stadtrat hintschig kuendigte an, dass der presse- und informationsdienst der stadt wien auch in anderer hinsicht neue wege gehen werde, um die zusammenarbeit mit den massenmedien und die information der bevoelkerung ueber das, was in der stadt geschieht, zu verbessern.

unter starkem beifall des gemeinderats dankte stadtrat hintschig dem scheidenden chefredakteur des presse- und informationsdienstes, professor wilhelm a d a m e t z . ''er hat fast ein vierteljahrhundert lang die pressestelle geleitet, er war von der schwersten und schwierigsten zeit an dabei'', stellte stadtrat hintschig fest. ''wir haben ihn als einen konzilienten menschen gekannt und wuenschen ihm fuer den ruhestand alles gute.''

k o m m u n a l :

=====

schaltanlage donaustadt in betrieb

12 wien, 18.12. (rk) die neue 110-kv-freiluft-schaltanlage des kraftwerkes donaustadt wurde am vergangenen wochenende erstmals unter spannung gesetzt.

von den zwei 110-kv-freileitungen, die in je 1,8 kilometer laenge zwischen der leitung kraftwerk simmering - umspannwerk stadlau und dem kraftwerk donaustadt gebaut werden, steht damit eine bereits in betrieb. die zweite wird bis zum kommenden fruehjahr fertig sein. mit dieser ersten leitung ist der wiener 110-kv-ring geschlossen und der energietransport fuer den winter gesichert.

1155

L o k a l :

=====

theater fuer gastarbeiterkinder

11 wien, 18.12. (rk) fuer wiens jugoslawische gastarbeiterkinder gibt es eine vorweihnachtliche ueberraschung: der wiener zuwandererfonds und die wiener kinderfreunde fuehren eine gemeinsame aktion durch, in deren rahmen jugoslawische maedchen und buben im schulpflichtigen alter zu einem theaterbesuch eingeladen werden. gespielt wird das maerchenspiel 'die schoene und das tier' von nicholas stuart gray. in der vorstellung selbst wird ein lehrer in serbokroatischer sprache eine einfuehrung geben und auch zwischen den einzelnen akten das stueck kurz erlaeuern.

die erste vorstellung findet kommenden mittwoch, den 20. dezember, um 15 uhr, im amalienkino, 10. laxenburger strasse 8-10, statt. weitere vorstellungen, an denen auch wiener kinder teilnehmen werden, sind fuer donnerstag, den 21. dezember, um 15 uhr, zentralberufsschule, 12, laengenfeldgasse 13-15, und freitag, den 22. dezember, um 14.30 und 16.15 uhr, im hochhaus am praterstern 1, vorgesehen.

1146

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Liegenschaftswesen

Nach Ansicht von GR. Joachim Müller (DFP) sei die Kürzung des Budgets für Repräsentationen und Feierlichkeiten im Jahr 1973 zu gering. Müller brachte den Antrag ein, diese Mittel um weitere zehn Millionen zu kürzen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erwähnte, daß die Verwaltungsstrafen im kommenden Jahr der Stadtverwaltung um 30 Prozent mehr als in diesem Jahr, - nämlich 67 Millionen Schilling - bringen werde. Das sei mehr als das Erträgnis aus der Vergnügungssteuer. Jeder Wiener Autofahrer zahle also im Durchschnitt rund 150 Schilling jährlich an Verwaltungsstrafen. Hirnschalls Forderung: Diese Mittel zweckgebunden für den Parkgaragenbau in Wien zu verwenden. Er brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Zum Problem der Bodenbeschaffung: Ein Bodenbeschaffungsgesetz sei nicht notwendig, die Stadt Wien besitze genügend Grundreserven. Im Hinblick auf eine eventuelle Änderung der Stadtverfassung deponierte Hirnschall den Wunsch seiner Partei, an der Verfassungsänderung mitzuarbeiten.

GR. Jedletzberger (ÖVP) hob die Bedeutung des Gartenbaus für Wien hervor. 60 bis 65 Prozent des gesamten Bedarfes an Frischgemüse könnten durch Wiener Betriebe gedeckt werden. Das Gemüse sei insbesondere in Wien wesentlich billiger als in anderen vergleichbaren europäischen Staaten. Der Gartenbau müsse als wesentlicher preisregulierender Faktor angesehen werden. Jedletzberger dankte der Stadtverwaltung für das immer bewiesene Verständnis den Berufsgärtnern in Wien gegenüber, das auch durch die Zurverfügungstellung von weiteren 20 Hektar Grund durch die Stadt Wien unter Beweis gestellt werde.

GR. Deutsch (SPÖ) appellierte an alle Sozialpartner, wirtschaftliche Probleme sachlich zu diskutieren und das soziale Klima in Österreich und in Wien nicht durch Schlagworte zu zerstören. Die Diskussion um eine Änderung der Ladenschlußzeit habe zur Sorge Anlaß geboten. Man könne bei so ernststen Problemen nicht im Stil einer

"Waschpulverreklame" argumentieren.

Deutsch regte an, für die Lenker von Tankfahrzeugen eine Zusatzprüfung einzuführen.

Über die schlechte Information der Wiener Tageszeitungen bei kommunalen Themen klagte GR. Köchler (ÖVP). Bundesländerzeitungen, ausländische Zeitungen - zum Beispiel die "Neue Zürcher Zeitung" informierten viel besser über die Tätigkeit der Stadtverwaltungen. Eine bessere Information der Wiener Massenmedien zu erreichen, sei seiner Meinung nach die Hauptaufgabe des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien.

Ein neues Bodenbeschaffungsgesetz sei nicht unbedingt notwendig - 117 Enteignungen im Jahr 1971 bewiesen drastisch die ausreichenden gesetzlichen Möglichkeiten. Köchler kritisierte den Entwurf des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, der zur Zeit im Parlament liegt. Diesem Entwurf fehlten Richtlinien zur Verhinderung von Willkür und Mißbrauch.

GR. Edlinger (SPÖ) klagte über die Benachteiligung Wiens im Fernsehen und Rundfunk. Er urgierte die Errichtung eines eigenen Landesstudios Wien. Man könne dem Bundesland mit den meisten Radiohörern nicht das vorenthalten, was man anderen Bundesländern bereitwilligst gibt.

Gerade weil die Massenmedien in Wien überregionale Funktionen zu erfüllen haben, müsse der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien durch verstärkte Aktivitäten diese Lücke schließen. Jeder Bürger habe das Recht auf Information.

Zur Sicherheit in Wien: Die Statistik täusche. Um die Sicherheit sei es nicht schlecht bestellt. Allerdings werde sie in Zukunft nur dann weiter gewährleistet sein, wenn der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei erhalten bliebe. Die aktive Teilnahme jedes Bürgers sei unbedingt notwendig.

Diese letzte Aussage veranlaßte GR. Dr. Tuma (DFP) zu einer Wortmeldung: Die bestehende Rechtsordnung ermögliche keine Mithilfe des Bürgers. Jede Privatperson, die den

Versuch unternehme, der Polizei aktiv zu helfen, sei dumm. Es gebe überhaupt keinen Schutz des Staates, wenn jemand tatsächlich zu Schaden kommen sollte.

Nach Ansicht des neuen Leiters des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien solle bei den Aktivitäten des PID der journalistische Gesichtspunkt im Vordergrund stehen. Eine verstärkte Information der Bevölkerung sei nur dann möglich, wenn man das ganze breite Spektrum der Informations- und Werbemöglichkeiten ausnütze, meinte Stadtrat Dkfm. Hintschig in seinem Schlußwort.

Zur Sicherheit in Wien: Der Bürgermeister stehe in ständigem Kontakt mit der Wiener Polizeidirektion. Gerade in der letzten Zeit habe dieser Kontakt einige konkrete Verbesserungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit mit sich gebracht: So sollen in nächster Zeit in Strebersdorf und Favoriten zwei neue Diensthundestützpunkte errichtet werden. In großen Wohnsiedlungen werden künftig mit Funk ausgestattete Polizeihundeführer mit ihren Tieren Kontrollgänge absolvieren. Außerdem werden in absehbarer Zeit die bisher zentral situierten Funkstreifen auf sechs Bezirke aufgeteilt werden. Über den weiteren Einsatz von zehn zusätzlichen Funkstreifen werde im Augenblick noch diskutiert. Auch bei der Beseitigung des Wohnungsproblems für Sicherheitswachebeamte habe die Stadtverwaltung Hilfe angeboten.

Er, Hintschig, gebe den Kritikern recht, die meinen, das Liegenschaftswesen sei reformbedürftig. Eine Offenlegung städtischen Grundbesitzes halte er jedoch nicht für zielführend: Die Bodenspekulanten wären allzu sehr im Vorteil. Ein erster Teil der Reform des Liegenschaftswesens sei jedoch bereits fertiggestellt: Ein Beamtenkomitee habe ein Reformkonzept für eine zentrale Liegenschaftsevidenz ausgearbeitet. Diese Liegenschaftsevidenz - ein erweitertes Grundbuch der Stadt Wien - ermögliche der Verwaltung einen raschen Zugriff zu allen wichtigen Daten. In Zukunft könne man dann an die Realisierung einer Grundstückdatenbank denken. In der letzten Phase wäre es dann auch möglich, alle privaten Grundstücke in Wien zentral

zu erfassen. Auch der Grundverkehr müsse in Zukunft flüssiger und rascher möglich sein. Gespräche darüber seien zur Zeit im Gange.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der DFP-Antrag wurde abgelehnt, der FPÖ-Antrag an den zuständigen Ausschuß zurückgewiesen.

Debatte über Wohnungswesen

GR. Dr. Tuma (DFP) begrüßte den Umstand, daß die Gemeindefwohnungen sowohl in der Größe als im Komfort Verbesserungen zeigten, bemängelte aber gleichzeitig, daß sich diese Wohnungen der Kleinverdiener nicht mehr leisten könne. Darüber hinaus sei eine Demokratisierung der Vergabe und der Verwaltung der Wohnungen bereits überfällig.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) erklärte, zehn Prozent aller Wiener Wohnungen stünden leer - nicht zuletzt aus Profitgier und aus Spekulationsmotiven. Unbekannt sei allerdings die leerstehende Zahl von Gemeindefwohnungen. Im übrigen kritisierte der Redner die Unmöglichkeit, den Mietzins in Gemeindefwohnungen bargeldlos zu zahlen.

Wolfram lobte den Umstand, daß die Wohnungsgröße langsam familiengerechter werde. Die Wohnungsvergabe bezeichnete er als "nach wie vor undurchsichtig".

Schließlich äußerte er sich zur Zentralwäscherei: Die Probleme lägen in der Veralterung des Maschinenparks.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) bezifferte den qualitativen Wohnungsfehlbestand in Wien mit 450.000. Auch er gestand zu, daß in der Amtszeit von Stadtrat Suttner die Wohnungen durchschnittlich größer geworden seien. Dennoch dürfe man die Tatsache nicht übersehen, daß bis heute nur elf Prozent der Wiener Wohnungen größer als 90 Quadratmeter seien. Aber auch über den Grundriß müsse man diskutieren. Die Küchen seien viel zu klein, man solle doch bedenken, daß in der Küche vielfach wenigstens das Frühstück eingenommen werde.

Ebert widmete sich auch der Frage der Sozialkontakte in Neubauten und erklärte, die Art der Verbauung, insbesondere die Einseitigkeit bei der Schaffung der Gemeinschaftseinrichtungen sei mitschuldig am Zerbrechen der sozialen Kontakte in diesen Gebieten.

Der Redner beklagte eine "Krise in der Bearbeitung der Bauakten" und forderte eine Verwaltungsvereinfachung zur Beschleunigung und Verbilligung des Baugeschehens.

GR. Kneisler (SPÖ) nannte den Einbau von 53 Personenaufzügen und den Beginn der Einbauarbeiten bei 101 Stiegen im vergangenen Jahr einen weiteren bedeutenden Schritt zur Verbesserung alter Gemeindefbauten. Die Aufzüge seien ein Geschenk der Gemeinde, die

Mieter müßten nur für die Betriebskosten aufkommen. Freilich sei gelegentlich mangelnde Solidarität mancher Mieter an der Verzögerung von Einbauvorhaben schuld. Den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit der Gemeinde Wien könne man angesichts der Freigabe zahlreicher Rasenflächen in Wohnhausanlagen, die auf Initiative des Bürgermeisters erfolgt sei, zurückweisen.

Zum Umweltschutz forderte Kneisler den Beitrag jedes einzelnen: Es müßte nicht sein, daß Unrat neben die Müllgefäße geworfen wird und daß Hunde auf Spielwiesen und in Sandkisten zum "Äußerln" geführt werden.

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat Suttner, daß die großzügige Subjekt- und Objektförderung in Wien die beste in Österreich überhaupt sei.

Auf die FPÖ-Frage, wieviel städtische Wohnungen leerstehen, sei zu antworten, daß - außer bei noch nicht abgeschlossenen Verlassenschaftsverhandlungen - keine freistehen.

Die Ausstattung der Zentralwäscherei entspreche durchaus dem zeitgemäßen Standard.

Zum Wohnungsverbesserungsgesetz: Die Mieter sollten die seit letztem Jahr bestehenden Möglichkeiten, Förderungsmittel zur Verbesserung ihrer Wohnung zu beanspruchen, mehr ausnützen.

Wohnungsvergabe: Auch junge Paare erhalten heute bereits Zweieinhalb-Zimmer-Wohnungen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der DFP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -